

DGB BVV · Keithstraße 1 · 10787 Berlin

Runder Tisch Rentengerechtigkeit e. V.
Vereinsvorstand
Ferdinand-Avenarius-Str. 5
01277 Dresden

Euer Schreiben an Yasmin Fahimi vom 22.02.2024

12. Juni 2024

Liebe Kollegen Polster und Weißenborn,
liebe Kolleg*innen des Runden Tisches,

seid versichert, dass wir das Thema Gerechtigkeitsfonds und die Frage der Anerkennung der Zusatzversorgungen für bestimmte Berufsgruppen weiterverfolgen.

Wir müssen aber leider feststellen, dass die derzeitige Regierungskoalition nicht bereit ist, in dieser Frage noch etwas zu tun. Von daher setzen wir unsere Ressourcen aktuell insbesondere für Leistungsverbesserungen im Rentenrecht und andere, für die arbeitenden Menschen ebenfalls wichtige Themen ein, bei denen die Bundesregierung zumindest eine Bereitschaft erkennen lässt, sich dieser Themen anzunehmen.

Eine solch pragmatische Prioritätensetzung bietet die Gewähr, bei der Vielzahl an wichtigen Forderungen unterschiedlicher Akteure, zumindest einige davon auf die politische Agenda von Bundesregierung und Bundestag setzen zu können und schlussendlich durchzusetzen. Alles gleichzeitig und mit der höchsten Priorität einzubringen ist ein frommer Wunsch, jedoch schon allein aufgrund eigener begrenzter Ressourcen, aber insbesondere in Anbetracht der derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen des Bundes und der erheblichen Schwierigkeiten einen Bundeshaushalt 2025 aufzustellen, schlicht nicht möglich.

Die genannten Argumente und Rahmenbedingungen werden leider auch durch ein Gespräch mit Yasmin keine besseren oder anderen.

Ihr fragt, wie wir das Thema Gerechtigkeitsfonds weiterverfolgen.

Kontaktperson:

Markus Hofmann
Leiter der Abteilung
Sozialpolitik

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstraße 1
10787 Berlin
Telefon: 030 24060-133

markus.hofmann@dgb.de
www.dgb.de

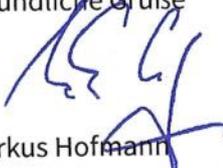
hf/schf/rp

Zuallererst bleibt es dabei, dass wir es in Gesprächen mit Vertreter*innen der Parteien, der Bundestagsfraktionen und des BMAS weiter ansprechen, aber auch in Hintergrundgesprächen mit Journalist*innen – wie zuletzt gegenüber der NOZ – und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen, um hier ein größeres Verständnis zu erreichen und Politik und Medien zu sensibilisieren. Wir setzen uns zudem dafür ein, Euer Anliegen in den Wahlprogrammen für die kommende Bundestagswahl und in einem neuen Koalitionsvertrag unterzubringen.

Ich kann Euch versichern, dass wir Euch und Euer Anliegen nicht aus den Augen verlieren werden.

Leider ist die politische Selbstbeschränkung der Ampelkoalition mit Schuldenbremse und propagierten Steuersenkungen ein Bremsklotz für jedes soziale Thema, nicht nur in der Frage der Anerkennung der Ansprüche der von Euch vertretenen Berufsgruppen. Und natürlich ist die voranschreitende Zeit in dieser Frage ein kritisches Moment für alle Betroffenen.

Freundliche Grüße


Markus Hofmann